

## Fragen für den Wahlomat /// Antworten von DIE LINKE

(Bitte einfach mit Ja, Nein oder Neutral beantworten)

1. Familienbetriebe sollen stärker gefördert werden. **Ja.**

Beispielsweise durch höhere Direktzahlungen auf die ersten Hektar, die Abschaffung der Hofabgabeklausel und Stärkung der Landwirtschaft in der Wertschöpfungskette.

2. Direktzahlungen sollten ganz abgeschafft werden. **Nein.**

Direktzahlungen sollen konkrete soziale (gute Arbeit) und ökologische (biologische Vielfalt, Boden-, Gewässer- und Klimaschutz) Leistungen honorieren und damit eine neue gesellschaftliche Legitimation erhalten.

3. Die Agrarförderung soll stärker an ökologische und soziale Leistungen geknüpft werden, d.h. die 2. Säule soll gestärkt werden. **Ja.**

Die Agrarförderung soll generell an soziale und ökologische Leistungen geknüpft werden, sowohl verpflichtend in der 1. Säule als auch freiwillig in der 2. Säule. Beide Säulen müssen bedarfsgerecht ausfinanziert werden und inhaltlich verknüpft werden.

4. Ist die Einführung ökologischer Vorrangflächen als „Greening“-Maßnahme sinnvoll?  
**Ja**

Ökologische Vorrangflächen sind sinnvoll, wenn sie vielfältige Funktionen in der Agrarlandschaft übernehmen um regionale Defizite ausgleichen. Beispielsweise als Hochwasser-Polder, Ackerrandstreifen oder insektenfreundliche Blühmischungen leisten sie einen Beitrag zu mehr Klima- und Biodiversitätsschutz. Produktive Nutzung schließt das nicht aus. Anrechnung von Vorleistungen sind gerechtfertigt.

5. Subventionsempfänger sollen künftig im Internet veröffentlicht werden. **Ja.**

Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu erfahren, wer öffentliche Gelder empfängt und wofür. Dies sollte für alle Betriebe gelten - nicht nur in der Landwirtschaft.

6. Soll es künftig Obergrenzen bei Bestandsgrößen in der Tierhaltung geben. **Ja.**

Die Debatte „Groß gegen Klein“ ist falsch. Genauso falsch ist jedoch, zu viele Tiere in einem Stall, an einem Standort oder in einer Region zu konzentrieren. Die Tierhaltung sollte an die Fläche gebunden sein. Tiergesundheit gehört in den Mittelpunkt der Diskussion.

7. Tierschutzorganisationen sollen mehr Rechte bekommen. **Ja.**

Das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine, -verbände und -stiftungen sollte eingeführt werden.

8. Ein neues Tierschutzgesetz soll strengere Mindeststandards bei der Haltung von Tieren definieren. **Ja.**

Durch Änderungen im Tierschutzgesetz und in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung sollten im Sinne einer präventiven Tiergesundheitsstrategie die Haltungsbedingungen der Nutztiere verbessert werden. Eingriffe am Tier wie Kastrationen, Schnäbelkürzen, Schwanzamputationen etc. müssen vermieden werden.

9. Landwirtschaftliche Betriebe sollen mindestens 50 Prozent ihres Futters auf eigenen Flächen erzeugen müssen. **Ja.**

Tierhaltende Betriebe sollten Futtermittel soweit wie möglich selbst produzieren oder aus der Region zukaufen. Das fördert auch die Vielfalt der Ackerkulturen, z. B. durch Leguminosenanbau.

10. Das Bauen im Außenbereich soll eingeschränkt werden. **Ja.**

Die Privilegierung des Bauens im Außenbereich sollte eingeschränkt, aber für standortverträgliche Stallbauten nicht abgeschafft werden.

11. Die Hofabgabeklausel soll abgeschafft werden. **Ja.**

Diese Klausel beruht auf der Annahme, dass der bäuerliche Hof von Generation zu Generation weitergegeben und weiterbetrieben wird. Das ist heute aber oft realitätsfremd.

12. Der Anbau von genveränderten Pflanzen und Futtermitteln soll in Deutschland erlaubt werden. **Nein.**

Der Anbau von Gentech-Pflanzen sollte nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa verboten werden. Wir wollen keine Risikotechnologie sondern eine verbraucher\_innen-freundliche Landwirtschaft ohne Abhängigkeit von Agrarkonzernen.

13. Sollte angesichts der hohen Importe von Biolebensmitteln die Umstellung auf ökologischen Landbau verstärkt gefördert werden? **Ja.**

Der ökologische Landbau sollte durch angemessene Umstellungs- und Beibehaltungsprämien gefördert werden. Gebraucht wird ebenso eine Förderung regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen, das gilt auch für die konventionelle Landwirtschaft.

14. Sollten künftig Zölle für importiertes Soja erhoben werden, um den heimischen Eiweißanbau zu stärken? **Ja.**

Langfristig sollten alle Futtermittelimporte in die EU beendet werden, da sie unnötig Flächen in den Ländern des globalen Südens blockieren. Bei Soja kommt der hohe Anteil gentechnisch veränderter Pflanzen als Problem hinzu. Die Einführung eines Zolls auf Import-Soja kann daher ein Schritt in die richtige Richtung sein.

15. Sollte Deutschland eine von Ex- und Import autarke Landwirtschaft anstreben? **Neutral.**

Die EU sollte weg von ihrer Exportstrategie und sich mehr auf den Eigenbedarf konzentrieren. Regionale Spezialitäten und hochveredelte Produkte sollten jedoch weiterhin international gehandelt werden dürfen.

16. Sollten Warenterminbörsen für Agrarrohstoffe verboten werden? **Nein.**

Warenterminbörsen können zur Absicherung der Rohstoffversorgung für die Verarbeitung beitragen. Spekulation mit Agrarrohstoffen müssen jedoch unterbunden werden, daher sind die Agrarmärkte streng zu regulieren.

17. Sollte der Staat den Milchmarkt steuern? **Neutral.**

Der Milchmarkt sollte nicht durch den Staat gesteuert werden. Aber eine Milchmengen-Regulierung mit verbindlichen Absprachen zwischen den Agrarbetrieben und Molkereien ist sinnvoll, wobei auch Verbraucher\_innen-Interessen vertreten sein müssen. Darüber hinaus wird eine Stärkung der Milchbetriebe in der Wertschöpfungskette gebraucht.

18. Die Versiegelung von Flächen muss langfristig ganz gestoppt werden. **Ja.**

Der Flächenverbrauch geht immer noch zu zaghafte zurück. Gerade kommunalpolitisch muss die Versiegelung von Flächen vehementer reduziert werden.

19. Neonikotinoide sollen verboten werden. **Ja.**

Bienengefährliche Pflanzenschutzmittel müssen entweder insektenungefährlich eingesetzt oder - falls das nicht möglich ist - vom Markt genommen werden.

20. Der Biogas-Sektor soll weiter ausgebaut werden **Neutral.**

Biogas gehört in den Agrarbetrieb und muss in ein nachhaltiges Landnutzungskonzept eingebettet sein. Biomasse muss vielfältig und ohne Nutzungskonkurrenz zur Lebensmittelproduktion erzeugt werden.

21. Einspeisevergütungen und Marktzuschläge für Solaranlagen sollen stärker abgesenkt werden als bislang vorgesehen. **Nein.**

Die Förderung der Solarenergie braucht Verlässlichkeit statt immer neue Kürzungsentscheidungen.

22. Sollen künftig 5% des öffentlichen Waldes rein dem Naturschutz dienen? **Ja.**

Das 5-Prozent-Ziel der Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung sollte flächendeckend, also nicht nur im öffentlichen Wald, sondern auch in allen anderen Waldbesitzformen umgesetzt werden.

23. Der Abschuss von Rehböcken soll in Zukunft auch im Winter erlaubt sein? **Ja.**

Wenn die Angleichung der Jagdzeiten von weiblichen und männlichen Rehwild dazu beiträgt, dass regional zu hohe Wilddichten wirksam reduziert werden, ist das eine vernünftige Abwägung. Eine Verlängerung der Jagdzeit bis Ende Dezember oder Ende Januar ist unter Berücksichtigung der konkreten Situation denkbar.